



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An die Presse

70173 STUTTGART  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

72074 TÜBINGEN  
Stäudach 92  
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Stuttgart, den 16. Februar 2006

## **Unbegründbarer Kahlschlag**

### **Palmer verlangt von Landesregierung Aufarbeitung der Holzfällaktion an der Morgenstelle**

Der Tübinger Grünen-Abgeordnete Boris Palmer hat sich schriftlich bei Finanzminister Stratthaus nach den Gründen für die Abholzung des Kiefernwäldchens an der Morgenstelle erkundigt. Mit den bisherigen Erklärungen ist er nicht zufrieden: „Die Gründe, die das zuständige Amt für den Kahlschlag angibt, sind nicht überzeugend.“

Palmer bemängelt, dass die möglichen Alternativen nicht genutzt wurden: „Der Großparkplatz im Süden der Morgenstelle ist genau so nahe an den Sanierungsgebäuden wie der Platz des früheren Kiefernwäldchens. Für mich sieht es so aus, als seien die Bäume dem kostenfreien Parken geopfert worden. Weder die Zufahrt für Rettungskräfte noch der laufende Betrieb auf der Morgenstelle wären von einem Logistikstandort auf dem Großparkplatz stärker beeinträchtigt worden als am jetzt gewählten Standort.“

Palmer ist der Auffassung, dass im größtenteils leer stehenden aber kostenpflichtigen Parkhaus im Nordwesten des Universitätsareals ausreichend Ausweichmöglichkeiten für Parkplatzsuchende bestehen. „Der Großparkplatz ist voll, weil das Parken dort nichts kostet. Diese versteckte Subvention ist für sich genommen schon ein Ärgernis. Das Kiefernwäldchen dem kostenlosen Parken zu opfern ist aber ein Skandal. Gäbe es Parkgebühren, wäre der Platz mit Sicherheit halb leer und jeder würde sehen, dass die Baulogistik dorthin gehört.“

Palmer kritisiert zudem, dass die Politik in die Entscheidung nicht eingebunden war. „Weder der Stadtrat Tübingen noch die Landespolitik hatten die Möglichkeit, sich eine Meinung zu dieser Kahlschlagaktion zu bilden. Eine Entscheidung, die das Stadtbild so drastisch verändert und so massiv in die Natur eingreift, hätte nicht rein verwaltungsintern abgehakt werden dürfen.“